

Mode – Made in Bangladesh

Liebe Leserin, lieber Leser,

jede und jeder Deutsche kommt hautnah mit Bangladesch in Berührung. Immer wieder. Zumindest ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch. Denn tausende Hosen, Hemden und T-Shirts gleiten täglich durch die Hände junger Sari-bekleideter Näherinnen, ehe sie in den Containern Richtung Deutschland verstaubt werden. Jedes Jahr liefert Bangladesch Textilien im Wert von annähernd einer Milliarde Euro nach Deutschland. H&M, C&A, P&C, OTTO oder TCM, gleich welche Initialen Ihr Shirt trägt, alle großen Kauf- und Versand-Häuser führen Kleidung im Sortiment, dessen Nähte von jungen Bengalinnen gefertigt sind.

„Made in Bangladesh“ auf der Haut: da gehen einem manche Meldung aus dem Land der Bengalen unter die Haut. Etwa die vom 8. Januar 2005: „Bei einem verheerenden Brand in der Sun Knitting & Processing Fabrik in Narayanganj kamen 23 Textilarbeiterinnen ums Leben. Dutzende weitere wurden teilweise schwer verletzt.“ Die Arbeiterinnen starben qualvoll im Treppenhaus, weil die Notausgänge blockiert waren und die Feuerlöscher nicht funktionierten. Es dauerte über vier Stunden, bis das Feuer gelöscht werden konnte. Verschlussene Ausgänge während der Arbeitszeiten und Sicherheitsmängel sind nur ein Teil der haarsträubenden Zustände in den Textilfabriken. Meist sitzen die Frauen 80 Stunden pro Woche an den surrenden Maschinen. Oder mehr. In stickigen Räumen. Wobei viele von ihnen keinen Überstunden-Zuschlag erhalten. Manche Näherin bricht nach einigen Jahre andauernder, anstrengender Arbeit erschöpft zusammen.

Wenn ich darüber berichte, ist unter den entsetzten Zuhörern in Deutschland die häufigste Reaktion: „Dann kaufe ich keine Kleidung mehr, die in Bangladesch genäht wird.“ Folglich erzähle ich von meiner Begegnung mit vielen Frauen, die an nur ganz wenigen Tagen im Jahr drei Mal Reis zu Essen haben, mit etwas Salz. Ihre acht- oder zehnjährigen Söhne arbeiten. Und ihre Kleinsten wachen nachts jede Stunde auf. Schreiend. So dünn ist die Milch, die die Mutter ihnen geben kann. Sieben Millionen Frauen in Bangladesch leben unter ähnlichen Bedingungen. Mindestens. Sie können nur davon träumen, einen Job hinter einer der Nähmaschinen zu ergattern. Und keine der Näherinnen würde ihren Arbeitsplatz gegen den Hunger tauschen, dem sie entflohen ist. Es ist also gut, dass in Bangladesch produziert wird. Und es ist überlebensnotwendig, dass es so bleibt.

„Was soll ich dann tun?“ fragen die Gesprächspartner, denen es nicht gleichgültig ist, was sie auf der Haut tragen. Oder was ihnen unter die Haut geht. Lesen Sie dieses Heft. Es bietet ihnen gute Anregungen, was Sie tun können, damit die Arbeitsbedingungen in Bangladesch besser werden. Und greifen Sie zu, wenn Sie beim nächsten Einkauf ein Shirt mit dem Einnäher „Made in Bangladesh“ in den Händen halten.

Ihr Peter Dietzel

Am seidenen Faden

Die Zukunft der Bekleidungsindustrie

Von Dirk Saam

Das Ende des Welttextilabkommens

Am 1. Januar 2005 ist das Welttextilabkommen abgelaufen. Es hatte die Textil-Produktion in den Industriestaaten geschützt, indem es Textil-Importe aus Billiglohnländern beschränkte. Doch die Export-Chancen der ärmsten Länder wurden verbessert: sie konnten Textilprodukte quotenfrei auf dem Weltmarkt anbieten. Bangladesch nutzte diesen Vorteil. Im Schatten der Textil-Riesen China und Indien etablierte sich das Land im vergangenen Jahrzehnt auf dem Weltmarkt. Die Ausfuhr von Textilien und Kleidung erwirtschaftet inzwischen drei Viertel der Export-Einnahmen. Im Haushaltsjahr 2002/2003 führte Bangladesch Textilien im Wert von 4,5 Milliarden Euro aus. Rund zwei Millionen Frauen arbeiten in den Näh-Fabriken. Für die meisten ist es das erste Mal, dass sie ein eigenes Einkommen verdienen.

Seit dem Ende des Welttextilabkommens steht Bangladesch nun im direkten Konkurrenzkampf mit allen Ländern, die für den Weltmarkt produzieren. Welche Folgen sind zu erwarten? Die Einschätzungen der Experten fallen sehr unterschiedlich aus.

Alarmstufe rot

Erste Zahlen sind alarmierend: Bangladeschs Exporte bei den Webwaren haben im Januar 2005 im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres um 28 Prozent abgenommen. Die USA als größter Abnehmer von Webwaren aus Bangladesch haben ihren Handel neu ausgerichtet: die Exporte chinesischer Produzenten sind im Januar 2005 um über 500 Prozent gestiegen.

Experten meinen, dass auch andere Zweige der Bekleidungsindustrie Bangladeschs in eine schwere Krise geraten werden. Laut dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen könnten bis zu einer Million Näherinnen entlassen werden. Das international agierende Netzwerk „Make Trade Fair“ rechnet weiter: Der Haushalt einer Näherin besteht durchschnittlich aus fünf Personen. Ihr Lohn ist ein wichtiger Bestandteil des Haushaltseinkommens – häufig sind die Frauen gar Alleinverdiener. Werden eine Millionen Frauen entlassen, sind folglich etwa fünf Millionen Menschen betroffen. Bangladeschs Näherinnen bangen um ihre Zukunft.

Die optimistische Sicht

Doch gibt es auch optimistischere Zukunftsszenarien. Der Wirtschaftsfachmann Howard Rosen meint, dass im Gegensatz zur Abnahme der Textil-Exporte in die USA mehr Kleidungsstücke nach Europa verkauft werden können. Die Bekleidungsindustrie Bangladeschs hätte zudem eine Chance, sich gegen die Konkurrenten aus China und Indien durchzusetzen, wenn es ihr gelänge, effizienter zu produzieren. Rosen betont, dass die großen Handelshäuser Europas und Nordamerikas ihre Waren nicht immer nur bei den billigsten Produzenten kaufen. Auch seien sie bemüht, ihre Produkte aus unterschiedlichen Ländern zu beziehen. Bangladesch hätte durchaus Möglichkeiten, wenn es seine Produktpalette in den Bereichen ausweiten würde, in denen es am effizientesten produziert.

Effizienter produzieren

Noch immer ist der Banken-Sektor in Bangladesch durch mangelnde Transparenz und Rechenschaftslegung charakterisiert. Ein funktionierendes Finanzsystem ist jedoch Grundlage für einen reibungslosen Außenhandel. Die Transportwege zwischen der Zulieferindustrie und der Endfertigung müssen genauso verbessert werden wie die Zufahrtswege in die Hafenstadt Chittagong und die Verschiffung der Produkte. Politische Unruhen und damit einhergehende Generalstreiks machen es schwierig, Lieferfristen einzuhalten.

Diese Ineffizienzen gilt es aus dem Weg zu räumen. Nach Aussage von Importeuren ist Bangladesch bei qualitativ hochwertigen Strickwaren konkurrenzfähig. Die Exporte belaufen sich hier bereits auf rund einer Milliarde US-Dollar. Zulieferbetriebe, z.B. für Knöpfe oder Nähgarn, sind im Land bereits vorhanden. Eine weitere Spezialisierung auf die Produktion von Strickwaren könnte eine erfolgreiche Strategie sein. Bangladesch muss sich auf qualitatives Wachstum konzentrieren, damit es eine höhere Textilqualität liefert als die großen Konkurrenten China und Indien.

Höhere Produktivität

Um sich im Wettbewerb zu behaupten, muss Bangladesch seine Produktivität erhöhen. Neben den genannten Maßnahmen spielen hierbei die Ausbildung und die Motivation der Näherinnen eine wichtige Rolle. Und genau an diesem Punkt wird die Notwendigkeit verbesserter Arbeits- und Sozialstandards in den Näh-Fabriken deutlich. Bessere Belüftung in den Fabriken, geregelte Arbeitszeiten, Existenz sichernde Löhne und eine bessere Gesundheit der Näherinnen führen zu einem Anstieg der Produktivität. Eine regelmäßige Bezahlung stärkt die Bereitschaft der Näherinnen, gegebene Arbeitspensen konzentriert zu absolvieren. Die Produkte werden hochwertiger, der Ausschuss geringer. Deshalb sind Arbeits- und Sozialstandards, die den Anforderungen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entsprechen, nicht nur im Interesse der Arbeitnehmerinnen. Vielmehr muss sich bei Unternehmen die Erkenntnis durchsetzen, dass verbesserte Arbeits- und Sozialstandards auch positive ökonomische Auswirkungen haben.

80 Stunden wöchentlich für 3,25 Euro

Die Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie Bangladeschs

Von Annette Greier

Eine Arbeiterin berichtet: wenn wir etwas falsch machen oder wenn der Aufseher glaubt, dass wir nicht richtig arbeiten, schreit er uns an und sagt Dinge wie ‚Du bist die Tochter eines Hundes‘. Wenn ein Mädchen mit einer anderen auf der Treppe redet, beschimpft er uns, wir sollten außerhalb der Fabrik reden. Wenn wir unser Ziel nicht erreichen, hören wir Dinge wie wir seien zu blöd für diese Art von Arbeit. Manchmal beschimpfen sie unsere Eltern oder drohen uns und sagen Worte wie ‚Wenn du dich nicht beeilst, werde ich einen Stock in dich bohren.‘ Ich habe Angst und wage nichts zu sagen.“

Einschüchterung

Bangladesch exportiert viele Kleidungsstücke nach Deutschland. Unter welchen Bedingungen sie hergestellt werden, erforschte eine Studie, die im Frühjahr 2004 von der „Kampagne für Saubere Kleidung und NETZ in Auftrag gegeben wurde. Dabei wurden Betriebe untersucht, die für das deutsche Unternehmen Tchibo produzieren.

Die Schwierigkeit dieser Studie bestand zum einen darin, genügend Personen für die Interviews zu finden. Wegen der langen Schichten sowie der vielen Überstunden wurden Termine immer wieder abgesagt. Zum anderen ist es für Frauen in Bangladesch traditionell schwierig, eine freie Meinung zu äußern, was gegenüber Außenstehenden noch verstärkt gilt. Die Frauen, die in den Textilfirmen arbeiten, leben in einer Umgebung der Einschüchterung – nicht nur während der Arbeit, sondern auch zu Hause.

Arbeitszeiten

Die tägliche Arbeitszeit in den untersuchten Firmen beträgt 11 bis 14 Stunden, wobei den Arbeiterinnen eine unbezahlte Pause von einer – manchmal sogar nur einer halben – Stunde

zugestanden wird. Die Arbeit beginnt um 8 Uhr morgens und endet zwischen 20 und 23 Uhr. Zu Stoßzeiten werden kurzfristig Nachtschichten eingelegt, bei denen den Arbeitnehmerinnen höchstens zwei Stunden Schlaf bleiben. Die Arbeit wird, unterbrochen von zwei Pausen, bis 3 oder gar 5 Uhr am nächsten Morgen fortgesetzt. Dann können die Arbeiterinnen ein bis zwei Stunden in der Firma ausruhen, gegen 6 Uhr nach Hause gehen, um kurz zu duschen und zu frühstücken, bevor pünktlich um acht die neue Schicht beginnt.

Sieben Arbeitstage in der Woche

Wer innerhalb der üblichen Arbeitszeit das vorgegebene Soll nicht erfüllt, muss ohne Lohnausgleich nacharbeiten. Es gibt kein Wochenende, sieben Arbeitstage sind – mit wenigen Ausnahmen – in den Textilfabriken der Standard. Selbst am Freitag, der eigentlich arbeitsfrei sein sollte, müssen die Frauen oft bis 17 oder 18 Uhr arbeiten. Immer wieder werden Überstunden ohne zusätzliche Bezahlung eingefordert. Auf der anderen Seite behalten die Fabrikbesitzer häufig die Löhne ein, um so die Arbeiterinnen an die Fabrik zu binden. Wie die Frauen ihre Familie und vor allem die Versorgung ihrer Kinder während der Arbeit organisieren, bleibt fast ausschließlich ihnen selbst überlassen. Firmeneigene Einrichtungen zur Kinderbetreuung gehören in Bangladesch zu den großen Ausnahmen. Entsprechend gibt es auch keinen Mutterschutz. Nur in wenigen Fällen stehen den Frauen drei Monate bezahlte Mütterzeit zu. In den meisten Fällen aber müssen sie ihren Arbeitsplatz für diese Zeit kündigen und können, wenn sie Glück haben, danach bei gleichem Lohn dorthin zurückkehren. Nicht selten aber müssen die Frauen wieder beim niedrigen Einstiegsgehalt beginnen.

Fluchtwege verschlossen

Sicherheit und Hygiene waren bei der Untersuchung zum Teil in haarsträubendem Zustand. Die kleinste der untersuchten Firmen hatte um die 700, die größte etwa 1400 Mitarbeiter. Trotzdem gab es jeweils nur einen Zu- und Ausgang, der zudem während der Arbeitszeiten noch verschlossen ist. Bei Feuer ist somit für die Arbeiterinnen der wichtigste Fluchtweg versperrt. Diese in Bangladesch übliche Praxis ist eine Ursache dafür, dass allein in der Hauptstadt Dhaka in den vergangenen 14 Jahren bei 35 Unfällen in Bekleidungsfabriken etwa 300 Textilarbeiter und -arbeiterinnen getötet sowie 150 verletzt wurden. Andere Faktoren für diese Zahlen sind überfüllte Räume, schlechte Beleuchtung und schlechte Belüftung. Hinzu kommen eine unzureichende Ausrüstung mit Feuerlöschern sowie die mangelhafte Ausbildung von Mitarbeitern bei der Handhabung dieser Geräte.

Krankheitsursache Erschöpfung

Nicht unterschätzt werden darf die einfache Tatsache, dass die Arbeiterinnen durch die viele Stunden andauernde, anstrengende Arbeit manchmal schlichtweg zu erschöpft sind, um angemessen zu reagieren. Bei Erkrankungen lautet vor allem bei den Frauen deshalb die meistgestellte Diagnose: völlige Erschöpfung. Durch die langen Schichten, die Mehrfachbelastung durch Arbeit und Familie sowie mangelhafte Ernährung magern viele Frauen ab und haben keine Widerstandskräfte mehr. Hinzu kommen weitere gesundheitlichen Belastungen: Rückenschmerzen verursacht durch die immergleiche Arbeitshaltung, Lungenprobleme vor allem in Firmen mit Wollprodukten und nicht zuletzt Blasenprobleme. Letztere haben ihren Ursprung in der bizarr anmutenden Praxis, dass die Benutzung der Toiletten durch die Vorarbeiter geregelt wird. In anderen Firmen dürfen Arbeiterinnen während ihrer Schicht generell lediglich zweimal die Toilette aufsuchen. Offiziell gilt diese Regelung, weil die Angestellten angeblich die Zeit mit Schwatzen verschwenden. Tatsächlich wird dadurch aber kontrolliert, wer wie oft pausiert.

Sexuelle Belästigung

Zusätzlich werden die Frauen psychisch und physisch durch sexuelle Übergriffe belastet. Ihnen wird ein zweifelhaftes moralisches Verhalten unterstellt, weil sie sich außerhalb des häuslichen Bereichs – wegen der Überstunden zum Teil sogar spätabends – bewegen. Dadurch kommt es häufig zu sexuellen Übergriffen, angefangen von verbalen Belästigung bis hin zu Überfällen mit Vergewaltigung und Mord. In den Fabriken selbst wird zwar offiziell streng darauf geachtet, dass Frauen und Männer möglichst keinen Kontakt haben, doch einige der Interviewten berichteten von Übergriffen durch Kollegen und Vorgesetzte. Auch außerhalb der Firmen sind sie gefährdet. Selbst wenn die Frauen in Gruppen und auf direktem Wege nach Hause gehen, bietet dies nur einen unzureichenden Schutz. Von der Polizei haben die Arbeiterinnen wenig Hilfe zu erwarten und werden statt dessen manchmal sogar unter dem Verdacht der Prostitution verhaftet.

Einstiegsgehalt 12,40 im Monat

Das Einstiegsgehalt liegt in etwa beim Mindestlohn. Der wurde jedoch seit 1994 nicht mehr erhöht. Er beträgt für ungelernete Arbeiter etwa 930 Taka – also 12,40 Euro – im Monat. Ein Anrecht auf Gehaltssteigerung gibt es nicht, auch nicht auf Beförderung. Es ist nicht unüblich, dass das Einkommen nach fünf Jahren lediglich um zwei Euro angestiegen ist. Der höchste Monatslohn, der bei der Untersuchung angegeben wurde, lag bei 27 Euro. Doch bedeutete dies eine klare Ausnahme. Die Regel sind vielmehr Gehälter im Mindestlohnbereich, wobei Frauen noch einmal zusätzlich benachteiligt werden. Sie erhalten trotz gleicher Arbeitsleistung generell eine niedrigere Entlohnung. Die Auszahlung der Gehälter erfolgt nur unregelmäßig. Überstunden werden von den Fabrikbesitzern willkürlich – stets zum Nachteil der Arbeiter und Arbeiterinnen – abgerechnet. Nicht eine einzige Fabrik bezahlte den gesetzlich vorgeschriebenen doppelten Lohn für Überstunden. Doch die Mitarbeiter haben in der Regel keinen Arbeitsvertrag, und die Stunden werden nicht erfasst. Deshalb haben sie kaum eine Möglichkeit, die gerechte Bezahlung zu kontrollieren und einzufordern. Dementsprechend gibt es bei den Arbeitnehmerinnen und -nehmern ein allgemeines Gefühl, in Bezug auf die Überstunden bestohlen und betrogen zu werden.

Lohnkürzung bei Krankheit

Erkrankt ein Arbeiter oder eine Arbeiterin plötzlich oder kann aus anderen Gründen einen Tag nicht zur Arbeit erscheinen, wird das Gehalt um zwei Tage gekürzt. Bei verspätetem Erscheinen muss der oder die Verspätete für eine Stunde vor den anderen Arbeitern stehen. Anschließend muss er oder sie, natürlich unentgeltlich, die versäumte Zeit nacharbeiten. Erkrankt jemand während der Arbeitszeit, ist es nicht gestattet, einen Arzt aufzusuchen. Noch nicht einmal eine Pause, um sich zu erholen, ist erlaubt. In einigen Firmen besteht immerhin die Möglichkeit, während einer Krankheit ohne Lohnausgleich abwesend zu sein. Offiziell werden den Arbeitern und Arbeiterinnen in den Firmen jährlich 10 freie Tage zugestanden, dazu kommen 14 Tage bei Krankheiten. In der Realität trifft das jedoch nur für einen Teil der Betriebe zu.

Preisdruck

Die Globalisierung hat in allen Teilen der Wirtschaft Einzug gehalten, das gilt nicht nur für den Textilsektor. Die Einkäufer der westlichen Firmen profitieren von dieser Entwicklung. Sie nutzen die Konkurrenz der Textilfirmen in Bangladesch zu ihrem Vorteil und drücken die Preise. Die schlechte Bezahlung der Arbeiterinnen und die Einsparungen bei der Sicherheit und anderen – im Westen selbstverständlichen – Arbeitsbedingungen interessieren sie nur am Rande. Es zählen in erster Linie „konkurrenzfähige“ Preise. Die Verbraucher schauen auf Preis und Qualität, machen sich aber keine Gedanken darüber, unter welchen Bedingungen die Produkte am anderen Ende der Welt hergestellt wurden. Doch nur ein grundlegendes

Umdenken bei Verbrauchern kann dazu führen, dass unter dem daraus folgenden öffentlichen Druck Konzerne wie Tchibo ihren ethischen Verpflichtungen nachkommen.

Annette Greier arbeitet als freie Journalistin und engagiert sich für eine gerechte Welt.

Entlassung: wegen Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft

Shipon, ein Arbeiter der Firma „Urmi Garments“, wird vom Produktions-Manager in sein Büro gerufen. Über mehrere Stunden wird er dort festgehalten. Dann verständigt der Chefmanager die Polizei. Die setzt Shipon noch mehr unter Druck. Sein Verbrechen? Er ist Mitglied einer Gewerkschaft, der „Nationalen Textilarbeiter-Vereinigung“ (NGWF). Allein diese Tatsache reicht dem Firmen-Management und der Polizei als Argument, ihn derartig zu behandeln. Unter dem Druck der Polizei nennt der Arbeiter weitere 27 Gewerkschaftsmitglieder in der Firma. Ihnen wird ebenso gekündigt wie Shipon: allein aus dem Grund ihrer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft.

Die Fabrikbesitzer versuchen mit allen Mitteln, ihre Mitarbeiter davon abzuhalten, sich einer Gewerkschaft anzuschließen. Oft bezahlen sie „Muskelmänner“, die Arbeiter davon abhalten, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Auch der drohende Verlust des Arbeitsplatzes ist ein wirksames Druckmittel. Die Textilarbeiter sind normalerweise ungebildet und meist erst neu vom Land in die Ballungszentren gezogen. Verstärkt wird das Ganze, wenn es sich um Frauen handelt. Frauen sind nicht nur billigere Arbeitskräfte, sondern insgesamt unsicherer als Männer, junge Frauen mehr als ältere. Sie werden bevorzugt von den Bekleidungsfirmen eingestellt, so dass dort der Frauenanteil bei etwa 85 bis 90 Prozent liegt. Der gewünschte Effekt seitens der Unternehmen wurde erzielt: weniger als ein Prozent der rund zwei Millionen Textilarbeiter und -arbeiterinnen gehören einer Gewerkschaft an. Nicht zuletzt liegt dies auch daran, dass sich die meisten Gewerkschaften stärker um machtpolitische Fragen kümmern als um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Dabei fällt auf, dass selbst in Wirtschaftszweigen, in denen der Frauenanteil an der Arbeiterschaft sehr hoch ist wie in der Textilindustrie, die Gewerkschaften noch immer männerdominiert sind. Somit stehen spezifische Frauenprobleme, wie Mutterschutz und Kinderbetreuung, nicht im Vordergrund. Recht und Gesetz sind den Arbeitern, denen willkürlich gekündigt wird, keine wirkliche Hilfe. So berichtet Mahfuza Begum, dass sie zusammen mit vierzig anderen Mitarbeitern einem Kollegen zu Hilfe kam, der wegen seiner Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft von der Firmenleitung belangt wurde. Das Management kündigte kurzerhand allen Beteiligten und bot ihnen als Entschädigung ein Monatsgehalt. Nur wenige wagten, sich zur Wehr zu setzen und forderten drei Monatsgehälter sowie die Bezahlung ihrer Überstunden. Darin wurden sie von der Gewerkschaft unterstützt. Man zog vor Gericht. Doch die Firma verzögerte bisher ein Verfahren. Ohnehin können es sich die Arbeiter angesichts eines 12 bis 14 Stunden langen Arbeitstages nicht erlauben, sich für eine Anhörung frei zu nehmen.

TCM

Die Marke des Tchibo-Konzerns

Wer den Namen Tchibo hört, denkt zunächst an Kaffee. Doch Tchibo ist inzwischen der achtgrößte Textil-Einzelhändler Deutschlands nach Karstadt/Quelle, Otto, Metro, C&A, H&M, Aldi und P&C. Neben dem Kaffee vertreibt Tchibo rund 400 bis 500 Textilprodukte mit der hauseigenen Marke TCM.

Der Konzern Tchibo wurde 1949 von Max Herz und Carl Tchilling gegründet. Aus Tchilling und Bohne wurde der Name Tchibo kreiert. 1955 eröffnete die erste Filiale in Hamburg mit Probeausschank. Mittlerweile gibt es deutschlandweit rund 870 Filialen, zusätzlich ist Tchibo mit zirka 45.000 Verkaufsstellen in Supermärkten, Bäckereien und Schreibwarenläden vertreten.

Jede und jeder Deutsche kennt Tchibo: 23 Millionen Haushalte kaufen nicht nur in den vielen Filialen ein, sondern auch über das Internet. Vier Millionen Kunden bestellten in den ersten neun Monaten 2004 ihre Ware bei Tchibo über das Internet. Das ist nach Ebay und Amazon der dritte Platz.

Tchibo gehört heute zu 100 Prozent der Familie Herz. Die Tchibo Holding besitzt über 50 Prozent von Beiersdorf AG, dem Nivea-Produzenten.

(Aus: „Tchibo – jede Woche eine neue Welt? Nicht für die TextilarbeiterInnen in Bangladesch. Arbeitsrechte bei Tchibo – Eher geht ein Kamel durchs Nadelöhr“)

Sozialstandards bei Tchibo auf dem Prüfstand

Seit 15 Jahren gibt es die „Kampagne für Saubere Kleidung“. Sie setzt sich dafür ein, dass die Kleidungsstücke, die wir tragen, unter menschlichen Bedingungen hergestellt werden. Durch öffentlichen Druck will die „Kampagne für Saubere Kleidung“ die großen Handelshäuser dazu zu bewegen, verbindliche Sozialstandards in Billiglohnländern einzuhalten.

Zu den Konzernen, die sich bisher wenig um die Arbeitsbedingungen in den Lieferbetrieben gekümmert haben, gehört Tchibo. Um dies zu ändern, wurde vor einem Jahr die „Tchibo-Arbeitsgruppe“ ins Leben gerufen. In ihr arbeiten Leute aus den Gewerkschaften Verdi und IG Metall, von „Terre des femmes“, INKOTA und NETZ mit.

Gespräche über Arbeitszeiten...

Zunächst ging es darum, Genaueres über die Arbeitsbedingungen in den Tchibo-Zulieferbetrieben zu erfahren. Khorshed Alam erstellte dazu im Auftrag von NETZ und der „Kampagne für Saubere Kleidung“ eine Studie über bangladeschischen Firmen, die für Tchibo produzieren.

Im September 2004 fand ein erstes Gespräch zwischen der Geschäftsführung von Tchibo und der Arbeitsgruppe statt. Tchibo verfügt zwar über einen Verhaltenskodex für die Zulieferer, doch weist dieser große Mängel auf und entspricht nicht den internationalen Vereinbarungen zu sozialen Mindeststandards. Ein Beispiel dafür sind die Arbeitszeiten. Tchibo verweist auf die gesetzlichen Untergrenzen beziehungsweise auf die landes- und branchenüblichen Werte. Damit können extrem lange Arbeitszeiten gerechtfertigt werden, sofern sie „branchenüblich“ sind. Wichtig wäre es, dass sich Tchibo an den international gültigen Standards zu den Arbeitszeiten orientiert. Tchibo beteiligt sich nicht einmal an gemeinsamen Initiativen anderer Unternehmen zur Einhaltung der Sozialstandards.

... das Existenzminimum...

Im Sozialkodex von Tchibo wird auch nicht die Bezahlung eines existenzsichernden Lohnes zugesichert, sondern nur der gesetzliche Mindestlohn. Der ist jedoch in vielen Ländern so niedrig, dass er nicht ausreicht, eine Familie zu ernähren. Dazu kommt, dass die Arbeiterinnen meistens nicht über den Kodex informiert sind. Und schließlich: Ein Kodex ist nur dann etwas wert, wenn er auch eingehalten wird. Doch gibt es in Tchibos Zulieferbetrieben keine unabhängige Kontrolle der Sozialstandards, an der auch Arbeitnehmervertreter und NGOs beteiligt wären.

... und Entlassungen

Tchibo forderte die Arbeitsgruppe auf, Namen von Firmen zu benennen. Daraufhin wurde Tchibo – in Absprache mit den Partnern in Bangladesch – das Bekleidungs-Unternehmen „Urmi Garments“ genannt. Diese Firma entließ im August 2003 einige Arbeiterinnen und Arbeiter, als bekannt wurde, dass diese einer Gewerkschaft angehören. Drei Arbeiterinnen zogen daraufhin vor Gericht.

Tchibo behauptete daraufhin, dass das Unternehmen schon seit 2000 nicht mehr mit „Urmi Garments“ zusammen arbeitet. Dem steht die Aussage der entlassenen Arbeiterinnen entgegen, dass sie noch in den Monaten vor ihrer Entlassung das Logo der Tchibo-Marke TCM in die Kleidungsstücke eingenäht hätten. Immerhin bestreitet auch Tchibo nicht, bis zum Jahr 2000 mit „Urmi Garments“ zusammengearbeitet zu haben. Und die Studie vom Frühjahr 2004 zeigt, dass die Arbeitsbedingungen in anderen Firmen ähnlich miserabel sind wie bei „Urmi Garments“.

Kein Boykott!

Völlig falsch wäre es, nun zu fordern, dass Waren aus Bangladesch boykottiert werden. Vielmehr geht es darum, dass Tchibo sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in seinen Lieferbetrieben einsetzt, und zwar nicht nur in Bangladesch, sondern in allen Ländern. Immerhin hat Tchibo den Verhaltenskodex inzwischen auf die firmeneigene Website gestellt.

Was kann ich tun?

- **Rufen Sie in der Tchibo-Zentrale an oder mailen Sie Tchibo und fragen Sie nach dem Verhaltenskodex (ssw@tchibo.de).**
- **Schicken Sie die Protest-Postkarte an Tchibo, die diesem Heft beigelegt ist.**
- **Unterstützen Sie Aktionen in Ihrer Nähe, bei der die Protest-Postkarte verteilt wird.**
- **Organisieren Sie eine Informations-Veranstaltung.**

Informationen, auch über Referenten, und Materialien erhalten Sie über NETZ.

Des einen Freud, des anderen Leid

Das Ende des Welttextilabkommens in China und Bangladesch

Das Welttextilabkommen zählte bisher zu den wichtigsten Vereinbarungen des Handelssystems. Im Jahre 1974 wurde es auf Druck der Industrieländer eingeführt, um deren Bekleidungsindustrie von der aufstrebenden Konkurrenz aus dem Süden zu schützen. Es wurden Quoten beschlossen, die bilateral zwischen den einzelnen Ländern ausgehandelt wurden. Nicht gerade das, was man allgemein unter freien Welthandel versteht. 1995 beschloss man daher, das Abkommen in die Welthandelsorganisation (WTO) zu integrieren und innerhalb von zehn Jahren auslaufen zu lassen. Seit dem 1. Januar 2005 haben die Quoten daher keine Gültigkeit mehr. In einer Sendung der „Deutschen Welle“ berichtete Johannes Beck am 8. November 2004 über die möglichen Folgen für Entwicklungsländer wie Bangladesch. Wir veröffentlichen hier die wichtigsten Passagen der Sendung.

Wer eine Filiale der schwedischen Modekette H & M besucht, dem wird schnell klar, wie sehr die Bekleidungsindustrie bereits globalisiert ist. Die Etiketten der Hosen, Röcke und T-Shirts sprechen eine klare Sprache: Hergestellt in Rumänien, Bangladesch, Kambodscha. „Globalisierung hautnah“ sozusagen.

Doch nach dem Auslaufen des Welttextilabkommens droht die Ländervielfalt auf den Etiketten zu schwinden. Ohne durch Quoten begrenzt zu sein, könnten China und Indien den Weltmarkt für Kleidung aufrollen, schätzen Experten. Das ginge dann wohl vor allem zu Lasten von mittelgroßen Produzenten wie Portugal, Tunesien oder Kambodscha. Bangladesch beispielsweise darf bereits jetzt schon ohne Quoten und Importzölle Textilien in die Europäische Union exportieren. Ein Vorteil, durch den sich die Industrie in dem südasiatischen Land in den vergangenen 20 Jahren stark entwickeln konnte.

Globalisierung hautnah

Doch trotz niedriger Monatslöhne der Näherinnen von 13 bis 40 Euro im Monat könnte Bangladesch nach dem Fall des Welttextilabkommens nicht mehr gegen chinesische Waren konkurrieren, befürchtet Ingo Ritz, Geschäftsführer von NETZ. „Von der Bestellung aus Deutschland bis zur Anlieferung in Bremen oder Hamburg dauert es in Bangladesch ungefähr 80 bis 90 Tage. Und China, wird zum Beispiel gesagt, kann es in 50 Tagen schaffen.“

Eine langsame Zollabwicklung, der schlecht ausgebaute Exporthafen von Chittagong und häufige Generalstreiks verzögern die Lieferungen aus Bangladesch über den Seeweg teilweise so erheblich, dass hin und wieder auf kostspielige Lufttransporte ausgewichen werden muss. Dazu kommt, dass Bangladesch im Gegensatz zu China keine eigene Baumwollproduktion besitzt. Ein weiterer Nachteil ist die ineffiziente öffentliche Verwaltung – Bangladesch wird in der Rangliste von „Transparency International“ seit Jahren als das korrupteste Land der Welt geführt.

Schlecht vorbereitet

Ingo Ritz befürchtet, dass bis zu mehrere Hunderttausend Arbeitsplätze wegfallen könnten. Mit dramatischen Konsequenzen für die Näherinnen. „Das Problem ist, dass die meisten der Näherinnen aus den Dörfern kommen und dort weggegangen sind, weil sie keine Arbeit mehr hatten oder ihre Männer keine Arbeit hatten und es dort keine Möglichkeit gab, zu überleben. Sie können in der Regel eben nicht zurückgehen in die Dörfer.“ Werden sie arbeitslos, bleibt den meisten Frauen nur die noch schlechter bezahlte Arbeit als Haushaltshilfen oder gar die Prostitution. Das haben Krisen der vergangenen Jahre bereits gezeigt.

Dass sich die Textilunternehmen so schlecht auf das Ende der Quoten vorbereitet haben, verwundert, denn schließlich ist das Datum 1. Januar 2005 seit 10 Jahren bekannt. Dazu meint Ingo Ritz: „Mein Eindruck ist, dass die Unternehmer hier erst in den Jahren 2002 und 2003 sich dessen richtig bewusst geworden sind, dass es Wirklichkeit wird mit dem Auslaufen des Welttextilabkommens. Ich denke, vorher hat man das einfach nicht wirklich ernst genommen und eher an die kurzfristigen Profite gedacht.“

Der Gewinner heißt China

Während in Bangladesch der 1. Januar mit Sorge betrachtet wurde, gibt es andere Länder, die das Datum kaum erwarten konnten. Bernd Schaaf, Referatsleiter Asien / Pazifik bei der Bundesagentur für Außenwirtschaft (BFAI), stellt folgende Prognose auf: „China wird zusammen mit Indien zu den Ländern gehören, die von dem Wegfall der Quoten am meisten profitieren werden. Es gibt Schätzungen, dass möglicherweise bis zu drei Viertel der Weltproduktion von Textilien und Bekleidung nach China gehen könnten. Man muss also schon sehen, dass das erhebliche Verwerfungen auf den Weltmärkten mit sich bringen wird.“

Würden Schätzungen wie diese Realität, dann könnten in den kommenden Jahren Exportaufträge im Wert von etwa 200 Milliarden Dollar nach China umgeleitet werden. Perspektiven, die einen Investitions-Boom in die chinesische Textilindustrie ausgelöst haben. Alleine im vergangenen Jahr investierten ausländische Firmen 4,5 Milliarden US-Dollar in Fabriken und Maschinen zur Produktion von Kleidern und Stoffen. Bernd Schaaf: „Das heißt, sowohl in- als auch ausländische Firmen haben sich recht frühzeitig strategisch positioniert, um dann flexibel auf die Veränderungen eingehen zu können. Also das war schon im Vorfeld seit einigen Jahren klar, dass China als der Gewinner hervorgehen wird.“

Die Notbremse

Allerdings ist noch nicht sicher, ob China wirklich das volle Potential des Textilienhandels ausschöpfen kann. Denn bei den Verhandlungen zur WTO-Beitritt des Reiches der Mitte, haben sich die anderen Länder eine Sonderregelung ausbedungen. „Das heißt, wenn

beispielsweise China einen Markt wie die USA plötzlich völlig dominieren würde, dann dürften bis 2013 auch noch mal bilaterale Quoten ausgegeben werden. Dies wäre dann immer noch im Einklang mit der WTO-Regelung. Aber Voraussetzung ist ein schwere Marktverwerfung.“

Soll heißen, wenn die Chinesen wirklich den kompletten Markt erobern sollten, dann könnten die USA, die EU-Staaten oder andere Länder immer noch die Notbremse ziehen. Die Amerikaner haben bereits wieder Quoten für Handtücher und Seidenhemden eingeführt, nachdem sie den Handel mit diesen Produkten frühzeitig freigegeben hatten. Nach der Freigabe war dort der chinesische Anteil von durchschnittlich 9 auf 65 Prozent gestiegen.

„Es könnte noch schlimmer sein“

Ein Besuch bei der Textilarbeiterin Jahanara Begum

Von Heiko Herold

Jahanara Begum arbeitet täglich vierzehn Stunden in einer Textilfabrik. Viel Raum für ein Privatleben bleibt da nicht. Freizeit hat sie keine. „Wenn ich abends nach Hause komme, bin ich meistens sehr erschöpft“, berichtet sie. Gerne würde sie mehr Zeit mit ihrem siebenjährigen Sohn und ihrer Tochter verbringen. Ihren Mann sieht sie kaum noch, seit er als Wachmann arbeitet. „Ein bisschen mehr Familienleben wäre schön“, sagt sie, „aber das können wir uns nicht leisten.“ Jahanara verdient nur 1.200 Taka, ihr Ehemann 2.000 Taka im Monat. Das sind insgesamt 44 Euro. Davon müssen vier Personen leben.

Ihr Zuhause ist eine kleine Bambushütte in einem Slum in Dhaka. Zehn Euro muss sie monatlich an den Landbesitzer zahlen, um dort leben zu dürfen. Ein großes Bett und zwei Regale, ein paar Töpfe und Geschirr, ein bisschen Kleidung – mehr besitzt sie nicht. Vor sieben Jahren kam sie mit ihrer Familie aus der Provinz in die Hauptstadt, weil ihr Mann dort Arbeit gefunden hatte. „Früher habe ich bei der Post gearbeitet“, berichtet sie, „aber in Dhaka war keine Stellung frei.“ Erst nach drei Jahren fand Jahanara eine Anstellung bei der Firma „Narayil Garments“, für die sie heute noch tätig ist. „Seit ich wieder Geld verdiene, geht es mir besser“, sagt sie. „Wir konnten hier in den Stadtteil Mohammadpur ziehen, ich kann mir bessere Kleidung und besseres Essen leisten.“ Sie würde gerne etwas sparen, aber das Einkommen reicht gerade zum Überleben. „Ich kann nur ein paar Taka für die Ausbildung meiner Kinder zurücklegen, mehr nicht.“

Jahanara lebt in einem der besseren Slums von Dhaka. In der Nähe ihrer Unterkunft ist eine Wasserpumpe, so dass sie keine weiten Strecken laufen muss, um Trinkwasser zu bekommen. Dort kann sie auch ihre Wäsche waschen. Ihre Hütte ist sogar an das Stromnetz angeschlossen. Anstatt der herkömmlichen Öllampen verfügt sie über elektrisches Licht. Vor ihrer Bambushütte hat sie sich eine kleine Kochnische eingerichtet. „Meistens essen wir Reis mit Linsen und etwas Gemüse“, erzählt Jahanara. Ihre Ernährung ist zwar nicht besonders abwechslungsreich, aber durch ihre Arbeit kann sie sich wieder drei Mahlzeiten täglich leisten. „Ich bin nicht zufrieden mit meinem Leben“, sagt sie, „aber es könnte auch schlimmer sein.“

„Wir lassen Bangladesch nicht im Stich“

Die Politik der Europäischen Union nach dem Auslaufen des Welttextilabkommens

Von Ana Lehmann

Europa ist der größte Abnehmer von Kleidung aus Bangladesch. Als eines der ärmsten Entwicklungsländer durfte Bangladesch bereits bisher zollfrei und ohne Mengenbeschränkung Kleidung nach Europa einführen. Bei anderen Ländern hatte die Europäische Union in

Einklang mit dem Welttextilabkommen die Einfuhr durch Quoten beschränkt. Zum 31. Dezember 2004 lief dieses Abkommen aus. Wird die Konkurrenz jetzt Bangladeschs Textilien vom Markt verdrängen?

Arancha Gonzalez, Sprecherin des EU-Handelskommissars beruhigt die Gemüter: „Wir bereiten uns schon seit einiger Zeit auf dieses wichtige Datum vor um sicherzugehen, dass sich nichts, oder so wenig wie möglich, an den guten Handelsbeziehungen zu Bangladesch ändert.“

Nach den Vorstellungen der EU-Handelskommission soll Bangladesch von der „Alles außer Waffen“-Initiative profitieren. Sie sieht vor, dass die 50 ärmsten Länder der Welt ihre Produkte ohne Mengenbegrenzung in die EU exportieren dürfen.

„Die EU strebt an, die gleichen Handelsbedingungen für Bangladesch wie bisher geltend zu machen: einen total freien Handel“, sagt Arancha Gonzalez. Sie betont, dass der bisherige EU-Handelskommissar Pascal Lamy sich innerhalb der Europäischen Union sehr dafür eingesetzt hat, dass der europäische Markt für die ärmsten Länder der Welt offen bleibt. Und als solches werde Bangladesch auch nach dem 1. Januar 2005 von Handelspräferenzen profitieren können, ganz so wie bisher.

Der große Konkurrent: China

Seit einiger Zeit herrscht in vielen Entwicklungsländern, und auch in Europa, die Sorge, dass China die Märkte mit preiswerten Produkten überschwemmen könnte. China hat den Vorteil, dass es seine Baumwolle selbst anbaut und verarbeitet. So kann das Land Produktionskosten sparen, die Lieferzeiten verkürzen und seine Textilien noch preiswerter verkaufen. Bangladesch, demgegenüber, verfügt nicht über Rohstoffe, und ist auf Importe angewiesen. Wird China arme Länder wie Bangladesch vom europäischen Markt verdrängen?

„Wir gehen davon aus, dass der 1. Januar 2005 Länder wie Bangladesch nicht aus dem internationalen Handel verdrängt“, so die EU-Handelssprecherin. „Eine unserer Initiativen, um genau das zu verhindern, ist, sicherzustellen, dass wir unsere Handelspräferenzen auf Länder konzentrieren, die ungeschützt, kleiner und schwächer sind. Wir wollen sie den großen Anbietern vorziehen, die sowieso konkurrenzfähiger sind und keine Präferenzen nötig haben.“

Vorteile für die Ärmsten

Damit weist sie auf ein neu erdachtes Zoll-Präferenzsystem hin. Es soll sich in Zukunft danach richten, wie viel ein Land – prozentual gesehen – in die Europäische Union importiert. Länder mit hohem Marktanteil, wie zum Beispiel China, Indien oder Brasilien, müssen dann mit entsprechenden Zöllen rechnen. Entwicklungsländer mit geringem Marktanteil bleiben wie bisher zollfrei.

Die EU-Handelskommission will außerdem ein Überwachungssystem für chinesische Importe schaffen und so regelmäßig prüfen, ob China seine Marktzugangsbedingungen einhält. Und man denke auch darüber nach, eine bisher harte Handelsbeschränkung, die Ursprungsregeln, aufzuweichen, heißt es. Diese Regeln bestimmen die Herkunft von Gütern: niedrige Zölle erhält danach ein Land, wenn es seine Exportprodukte komplett auf eigenem Territorium hergestellt hat, ohne Rohstoffe importieren zu müssen. In Zukunft soll die Anwendung der Ursprungsregeln gelockert werden, kündigt Arancha Gonzalez an. Arme Länder wie Bangladesch können dann ihre Handelspräferenzen behalten, wenn sie bereit sind, ihre Baumwolle oder Stoffe aus Nachbarländern der Region zu importieren.

Das Ziel dieser Initiativen ist immer dasselbe, sagt die Handelssprecherin: den armen Ländern zu helfen, einen besseren Zugang zur Europäischen Union zu erhalten, und die reicheren Entwicklungsländer wie China, Indien oder Brasilien zu drängen, mit Blick auf die armen Entwicklungsländer Opfer auf sich zu nehmen.

Ausweitung der Produkt-Palette

Doch Bangladesch selbst muss auch mitziehen und sich noch intensiver darum bemühen, seine Industrie zu modernisieren, sagen die Experten. Und vor allem: das Land muss sich von seiner Abhängigkeit von Kleidungs-Exporten lösen. Der größte Exportartikel Bangladeschs in die Europäische Union sind Textilien und Kleidung. „Das bedeutet, bildlich gesprochen, dass alle Eier im selben Korb liegen, im Textil-Korb sozusagen“, meint Arancha Gonzalez. Und das sei auf die Dauer ungesund. „Deshalb arbeiten wir zusammen mit den Behörden in Bangladesch daran, die Wirtschaft des Landes zu diversifizieren. Zu diesem Zweck leisten wir technische Unterstützung und Entwicklungszusammenarbeit. Und zwei andere Produktbereiche fallen mir ein: Landwirtschaft und Fischerei, zwei Sektoren, in denen Bangladeschs Wirtschaft konkurrenzfähig ist und wo wir dem Land helfen können, von dem offenen Markt zu profitieren, den es in der Europäischen Union hat“.

Wenn beide, die Europäische Union, und Bangladesch, ihre Anstrengungen verbinden, meint Gonzalez, dann werden die Handelsbeziehungen auch weiterhin so gut bleiben wie in den vergangenen Jahren.

Ana Lehmann ist Redakteurin der „Deutschen Welle“. Sie ist für das Hindi-, Urdu- und Bengali-Programm zuständig.

Was tun, wenn die Kuh stirbt?

Herausforderungen für Spar- und Kreditprogramme in Bangladesch

Von Ingo Ritz

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2005 zum Jahr der Mikro-Kredite erklärt. Bangladesch gilt als ein Musterland der Kleinkredite: In nahezu jedem der 87.000 Dörfer ist mindestens eine der Nichtregierungsorganisationen (NGO), die es zu tausenden im Land gibt, mit Spar- und Kleinkreditprogrammen aktiv. Das Modell der „Grameen Bank“ – deutsch Dorfbank – wurde bereits in dutzende Länder exportiert. Allein die Grameen Bank und die zwei größten NGOs Bangladeschs BRAC und Proshika haben nach eigenen Angaben zusammen über acht Millionen Kredit-Kundinnen und -Kunden. Über 85 Prozent von ihnen sind Frauen.

Wie funktioniert das Mikrofinanz-System?

Die Frauen, die an Spar- und Kreditprogrammen teilnehmen wollen, organisieren sich in Gruppen mit 15 bis 40 Mitgliedern. Auf ihren regelmäßigen, meist wöchentlich stattfindenden Treffen spart jedes Mitglied zwischen 2 und 15 Cent – das ist verpflichtend. Die Kundinnen bilden Rücklagen für Notzeiten und Eigenkapital für Investitionen. Gleichzeitig gibt dies den Kredit gebenden Institution die Sicherheit, dass es sich um zuverlässige Kundinnen handelt.

Wenn eine Gruppe einige Monate gespart hat, erhalten die ersten Mitglieder Kredite. Anfangs liegen sie zwischen 15 und 50 Euro. Die Frauen investieren den Kredit z.B. in mehrere Hühner für 15 Euro oder in eine Milchkuh für 50 Euro. Eier oder Milch werden verkauft, die Frauen erwirtschaften ein Einkommen. Innerhalb eines Jahres muss der Kredit mit 12 bis 15 Prozent Zinsen zurückgezahlt werden. Wem dies gelingt, erhält den nächsten Kredit. Mit jedem Kredit kann die Kredithöhe steigen, auf bis zu 300 Euro. Jede Frau hat eine Art Sparbuch, in dem alle Ersparnisse und Rückzahlungen eingetragen werden. Zentrales Element für die hohe Rückzahlquote, die bei 92 Prozent oder mehr liegt, ist der Gruppendruck: Wenn eine Frau in einer Gruppe nicht zurückzahlt, erhalten die anderen keinen Kredit.

Gewinner sind die Tower-NGOs

Das Aufkommen der Mikrofinanz-Institutionen in den 1980er und 90er Jahren spiegelte sich in den westlichen Medien wider: Die Grameen Bank wurde hoch gepriesen und der Grameen-Gründer, Prof. Yunus, sogar für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen.

Doch in den vergangenen Jahren wurde die Kritik immer lauter, dass die eigentlichen Gewinner die NGOs seien: Große Gebäude und teure Autos der NGOs stechen ins Auge. In der Hauptstadt Dhaka scheint es geradezu einen Wettbewerb gegeben zu haben, welche NGO das höchste Gebäude besitzt. Es wird von „Tower-NGOs“ gesprochen. Die größte NGO BRAC hat den Wettbewerb mit ihrem 20-stöckigen Bürohochhaus gewonnen.

Die Erfolge:

1. Wer benachteiligte Frauen in den Dörfern fragt, was sie am nötigsten brauchen, erhält meist eine eindeutige Antwort: Kredite. Kapital ist für die armen Bevölkerungsschichten knapp und unvorstellbar teuer – Geldverleiher nehmen zwischen 10 und 20 Prozent Zinsen pro Monat! Normale Banken vergeben an die Frauen keine Kredite. Denn die Frauen können keine Sicherheiten nachweisen. Und die Beträge, die sie sich leihen, sind viel zu niedrig, um die Kosten der Bank zu decken.
Doch das Kapital wird dringend gebraucht: Es gibt im ländlichen Bangladesch relativ risikoarme Investitionsmöglichkeiten, die eine hohe Rendite abwerfen, wie die erwähnte Hühnerhaltung. Dadurch steigen die Einkommen vieler Frauen – allerdings nicht aller. Außerdem steht mehr Kapital für kurzfristige Ausgaben zur Verfügung, z.B. für die medizinische Versorgung.
2. Durch die Kleinkredit-Programme haben sich die sozialen Indikatoren für viele der Frauen verbessert: Mit dem gestiegenen Einkommen und der Einbindung in die Gruppe hat sich die Ernährungssituation und die Gesundheitsversorgung verbessert, und mehr Kinder gehen zur Schule. Von den Frauen wird häufig auch erwähnt, dass sie von ihren Ehemännern weniger geschlagen werden. Denn die Männer befürchten, dass in der Gruppe darüber gesprochen wird. Viele Frauen in den Gruppen haben deutlich an Selbstbewusstsein gewonnen. Wer eine Gruppe in ihrer Gründungsphase besucht und dann fünf Jahre später wieder, kann kaum glauben, dass die ehemals so schüchternen Frauen nun klar und deutlich Unrecht und ihre Forderungen und Ziele benennen.
3. Die Mikrofinanz-Angebote sind sehr einfach strukturiert. Das System bietet klare Anreize für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie für die Institution. Das ist ein entscheidender Vorteil gegenüber vielen anderen, sehr komplexen Entwicklungsprojekten. Der Ansatz baut nicht auf idealistischen Annahmen auf, sondern setzt pragmatisch auf die Interessen der Beteiligten.
4. Nach Überwindung der Anlaufphase, die durch Subventionen zu überbrücken ist, kann das System sich selbst tragen. Die Kosten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden durch die Zins-Einnahmen gedeckt. Deshalb ist eine Ausweitung der Mikrofinanz-Programme auf sehr viele Personen möglich, ohne dass immer wieder neue externe Zuschüsse benötigt werden. Damit ist das System nachhaltig, und die NGOs sind weniger abhängig von ihren Geldgebern.

Hohe Zinsen

Doch gerade wegen des letztgenannten Erfolgs wächst die Kritik an der Grameen Bank und den Mikrofinanz-Programmen der NGOs. In Bangladesch wird vor allem die Höhe der Zinsen beanstandet. Denn die Berechnung der Zinsen auf das Anfangskapital kann bei einem Zinssatz von 15 Prozent auf reale Kosten von 30 Prozent pro Jahr hinauslaufen. Allerdings ist

es wegen der hohen Rendite der finanzierten Projekte möglich, diese hohen Zinsen zu bezahlen. Und der hohe Zinssatz ist notwendig, um die Inflation auszugleichen und die bis in die Dörfer reichenden Strukturen zu finanzieren. Die wirklich substantiellen Kritikpunkte liegen deshalb woanders.

Die Kritik:

1. Viele Frauen profitieren von den Programmen, andere haben geringe Einkommenssteigerungen. Kaum erwähnt werden jedoch die Verliererinnen. Was passiert, wenn die Milchkuh stirbt? Versicherungssysteme hierfür sind kaum vorhanden. Zurück bleiben verschuldete Familien, die immer höhere Kredite aufnehmen müssen, um die vorherigen zurück zu zahlen. Das ist zwar gegen die Regeln, doch auf diese Weise werden Rückzahlungsquoten von 98 Prozent und mehr erreicht. Natürlich können nicht alle Investitionen erfolgreich sein. Doch es muss überlegt werden, wie die Schäden und Risiken ökonomisch sinnvoll begrenzt werden können. Der Aufbau von Versicherungssystemen für Vieh, wie es sie in Indien bereits gibt, zählt genauso dazu wie ein verbessertes Impfsystem für die Tiere.
2. Das ärmste Viertel der Bevölkerung wird durch Mikrofinanz-Programme kaum erreicht: Witwen, alleingelassene Frauen, Frauen, deren Mann behindert ist, oder Bettlerinnen werden erst gar nicht in die Gruppen aufgenommen. Sie sind sozial ausgegrenzt und wirtschaftlich zu schwach. Sie können nicht, wie im Grameen-Modell vorgesehen, wenige Woche nach der Kreditvergabe mit der Rückzahlung beginnen. Zuerst muss die Investition Gewinne abwerfen. Auch das regelmäßige Sparen, das im Grameen-Modell verpflichtend ist, können sie nicht garantieren. Und häufig sind diese Frauen so sehr mit dem täglichen Überleben beschäftigt, dass sie an den Treffen der Gruppen gar nicht regelmäßig teilnehmen können.
Mehrere NGOs und die Grameen Bank haben dieses Problem in den vergangenen Jahren endlich erkannt. Letztere hat ein Modell für Bettler eingerichtet. BRAC hat 2002 ein Subventionsmodell für 70.000 Frauen gestartet. NETZ unterstützt mit Ko-Finanzierungen des BMZ und der hessischen Landesregierung Programme drei kleinerer und mittlerer NGOs, in denen Ansätze für derzeit 4.400 extrem arme Frauen in die Praxis umgesetzt werden.
Ziel ist es, das Grameen-Modell an die Situation der Ärmsten anzupassen. Die Spar-Rate wird flexibel gehandhabt, und die Rückzahlung des Kredites beginnt erst, wenn die Investition Einnahmen abwirft. Dabei sollten die Stärken des Grameen-Modells bewahrt werden. Ein ökonomisch sinnvolles Anreizsystem muss bestehen bleiben. Zusätzlich können Verbindungen zu staatlichen Institutionen wie dem Veterinäramt aufgebaut werden, um die Impfung der angeschafften Tiere zu gewährleisten. Unterschiedliche Auffassungen bestehen, ob die Ärmsten zu Beginn durch Subventionen unterstützt werden sollten. Dies widerspricht der ökonomischen Logik, kann jedoch eventuell als Einstieg sinnvoll sein.
3. Die traditionellen Kredit-Programme sind nicht partizipativ, fördern nicht den Aufbau von Selbsthilfe-Organisationen und führen nicht zu einem politischen Wandel: Denn die Regeln sind starr und gelten in jedem der 47.836 Dörfer, in denen die Grameen-Bank arbeitet. In vielen NGOs kommen die Frauen zu den Gruppentreffen ausschließlich, um die finanziellen Transaktionen zu tätigen. Und die Gruppen sind abhängig von den Mikrofinanz-Institutionen. Der ursprüngliche Ansatz vieler NGOs, die Machtstrukturen in den Dörfern zu ändern, ist mit dem Finanzdienstleistungsangebot, das mittlerweile die Arbeit der meisten NGOs beherrscht, nicht zu schaffen. An einem wichtigen Punkt gibt es

jedoch gesellschaftliche Erfolge: Die Stellung vieler Frauen in ihrer Familie und in der Gesellschaft hat sich verändert.

Bangladeschische NGOs könnten von ihren indischen Kollegen einiges über den Aufbau von Selbsthilfe-NGOs lernen. Das gilt besonders für kleinere und mittlere NGOs, die eine engere Beziehung zu ihren Mitgliedern haben. Ob die großen „Tower-NGOs“ das leisten können, ist fraglich.

Staatliche Repressionen gegen NGOs

Die Regierung Bangladeschs nimmt die Kritik an den NGOs als Vorwand für Repressionen, welche die Zukunft des ganzen Sektors gefährden. So sollte in populistischer Manier ein Höchstsatz für die Zinsen eingeführt werden. Dann wurde ein Vorschlag für eine neue NGO-Gesetzgebung ins Parlament eingebracht, die die Autonomie der NGOs drastisch eingeschränkt hätte.

Niemand bestreitet, dass der gesetzliche Rahmen gerade für die Mikrofinanz-Institutionen überarbeitet werden muss. Mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht sind notwendig. Außerdem sollten NGOs, die als Unternehmen agieren, dafür auch Steuern zahlen. Doch hinter dem Vorhaben der Regierung steckt der politische Wille, die Arbeit der NGOs insgesamt einzuschränken. Bürokraten wollen von dem Kuchen der NGOs etwas abhaben, Geschäftsleuten ist die Konkurrenz unangenehm, und Politiker fürchten den Einfluss der zivilgesellschaftlichen Akteure.

Das gilt besonders für die derzeitige Regierung: Den beiden islamistischen Koalitionsparteien passt die Förderung von Frauen und indigenen Gruppen nicht – und noch weniger das Engagement eines Teils der NGOs gegen religiösen Fundamentalismus. Der Bangladesh Nationalist Party (BNP) als stärkster Regierungspartei sind die politischen Aktivitäten eines Teils der NGOs ein Dorn im Auge.

Die Regierung hat seit Anfang 2002 deshalb fünf NGOs und dem NGO Dachverband ADAB keine Genehmigung mehr erteilt, ausländische Gelder in Empfang nehmen zu dürfen. Büros der NGOs wurden durchsucht und teilweise unter staatliche Verwaltung gestellt, Mitarbeiter verhaftet. Durch den Stopp der Gelder ist bis heute die Arbeit für über zwei Millionen Menschen beendet oder eingeschränkt. Die meisten von ihnen sind Mitglieder von Spar- und Kreditgruppen. Durch die Einnahmen der Mikrofinanz-Programme konnten allerdings zwei der betroffenen NGOs ihre Arbeit auf niedrigerem Niveau fortsetzen.

Das 2015-Ziel vor Augen

Wenn das neue NGO-Gesetz verabschiedet werden sollte, stehen auch anderen NGOs Repressionen und Einschränkungen bevor. Das würde auch den Mikrofinanz-Sektor gefährden. Es bleibt zu hoffen, dass die Zivilgesellschaft im Land und die internationalen Geber die Regierung von ihren Plänen abbringen können.

Ist es möglich, die schöne Vision des Grameen-Gründers Prof. Yunus zu verwirklichen, dass in einigen Jahrzehnten die Armut nur noch im Museum angeschaut werden kann? Für dieses Ziel sind Mikrofinanz-Programme sicher kein Allheilmittel. Genauso bedarf es sozialer Aktivitäten und der Advocacy-Arbeit für gesellschaftspolitische Veränderungen. Doch wenn die NGOs die benannten Probleme anpacken, können die Spar- und Kreditprogramme dazu beitragen, in Bangladesch die Armut bis 2015 zu halbieren. Denn nicht umsonst steht bei vielen Frauen der Zugang zu Krediten an oberster Stelle ihrer Forderungen.

Ingo Ritz, Diplom-Volkswirt, ist Geschäftsführer von NETZ.